

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

Erscheint Werktags

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsbereich 2.15 Mk. in Württemberg 2.20 Mk. vierteljährlich, dazu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Zeile monatlich oder deren Raum. Kellame 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.



Nr. 73

Mittwoch, den 26. März 1919

46. Jahrgang.

Nachtragsetat 1918 und Notetat

Der deutschen Nationalversammlung ist ein Nachtrag zum Etat für 1918 zugegangen. Er verlangt die Bewilligung von 218 455 Mk., davon fallen 164 286 auf den Reichspräsidenten, der monatlich 100 000 Mk. Aufwandsgehalt erhält, die vom 11. Februar, dem Tage seiner Wahl, an berechnet werden. Für das Reichsarbeitsministerium sind 43 650 Mk. ausgeworfen, wovon 32 000 Mk. auf den Reichsminister (30 000 Mk. Gehalt und 14 000 Mk. Aufwandsgehalt) und den Unterstaatssekretär (20 000 Mk. Gehalt) für das halbe Jahr entfallen.

Weiter ist der Nationalversammlung der Notetat zugegangen, der die Regierung ermächtigt, für die Monate April bis Juni alle Ausgaben zu leisten, die zur Erhaltung geöffneter Einrichtungen und zur Durchführung gesetzlich beschlossener Maßnahmen erforderlich sind, ferner die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Reiches zu erfüllen und endlich Bauten, für die durch den Etat eines Vorjahres bereits Bewilligungen stattgefunden haben, fortzusetzen. Außerdem werden die Mittel für besondere Ausgaben veranschlagt zum Betrag von 250 000 Mk. zur Verbesserung der Einrichtungen des Auswärtigen Amtes für das wirtschaftliche Auslandsnachrichtenwesen, ferner 500 000 Mk. für Auslandsbeamte zum Ausgleich der bei Erhebung der Verordnungen erscheinenden Kursverluste, zur Unterhaltung des Reichsstaates 50 000 Mk., zur Erhaltung eines Teils der Reichsanstalten 1,2 Millionen Mk., für das Reichspostministerium 1 014 526 Mk. für neue Beamtenstellen und Bauten, zur Herstellung großer unterirdischer Fernsprechanlagen (Fernkabelnetze nach dem Westen) 12 Millionen Mk., zu einem Erweiterungsbau für das Postfachamt in Karlsruhe 370 000 Mk., zur Umwandlung oberirdischer Fernsprechanlagen in unterirdische und für Einlegung von Fernsprechkabeln 8 Millionen Mk., zur Gewährung von Kriegsteuerzuschlägen an Beamte und Lohnangehörige sowie an Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene sowie 400 Millionen Mk. Zur Bestreitung dieser Ausgaben und der Ausgaben aus Anlass des Krieges und der Demobilisierung, soweit die vorhandenen sonstigen Einnahmen nicht ausreichen, sollen durch Ausschreibung von Anleihen in bisheriger Höhe und durch Ausgabe von Schatzanweisungen bis zu 3 Milliarden Mk. beschafft werden.

Die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen.

Der deutsche Vertreter in Spaan hat der internationalen Unterkommission für Kriegsgefangene eine Note über die traurige Lage unserer Kriegsgefangenen überreicht, worin er erneut darauf hingewiesen und um schleunige Hilfe ersucht wird. Danach ergeben Berichte schweizerischer Vertreter folgendes:

Das neue Offizierslager im Departementsgefängnis in Carcassonne ist völlig unzureichend. Ein Krankenhaus und Oefen fehlen und die in Aussicht gestellte Zahl ist so gering, daß nur ein Teil der Räume genutzt werden kann. Jahrsärztliche Pflege und Wäber fehlen. In dem alten Lager Carcassonne fehlt zahnärztliche Pflege. Wänter ist verboten. Die den Offizieren beim letzten Besuch schweizerischer Vertreter gemachten Versprechungen sind nicht gehalten worden. In Uzès fehlt Selbstverwaltung der Kantine, fehlt die Möglichkeit, Brennholz zu kaufen und Spaziergänge zu machen. Die Beschaffung von festem Petroleum soll vom Wohlverhalten der Offiziere abhängig gemacht werden.

In dem Mannschaftsager von St. Martin de Ré herrscht schwerer Wassermangel. Es fehlt an Strömchen. Die Deden sind sehr dünn und klein. In dem Lager zu Orleans sind die Arbeitsräume dunkel und unheizbar. Draußen und Wänter reichen nicht aus. Der Anstaltsarzt hat keine Betten. Die Durchgangsgefangenen liegen in einem großen unbeheizbaren Zell auf losem Stro mit nur einer Decke. Es mangelt an Wäsche und zum Teil an Eßgeschirren.

In der Kaserne Richpauze (Rouen) schlafen die Kriegsgefangenen auf loser Holzwohle. Als Eßnäpfe dienen noch immer verrostete Gasmaskebehälter. Viele können nicht nach Hause schreiben, weil seit vier Monaten keine Postkarten zu erhalten sind.

Die deutschen Kriegsgefangenen in Courmai (Frankreich) haben aus Deutschland seit längerer Zeit weder Nachrichten noch Pakete erhalten. Vom russischen Frontal, Franzosen und Belgier, werden sie mit Kolben schlägen und Fußtritten mißhandelt, meist wenn sie vor Erschöpfung zusammenbrechen.

Die deutschen Kriegsgefangenen in der französischen Kriegsgefangenenkompanie 114 in Velfort haben bei einer schweren Grippe-Epidemie nur ganz unzureichende

ärztliche Pflege erhalten, soweit sie überhaupt im Lazarett untergebracht wurden, wurden ihnen die Bestelle fortgenommen.

Berlin, 25. März. Der schweizerische Bundespräsident Ador hat das Schreiben des Reichspräsidenten über die in dem Brief ihm seine Wahl und seinen Amtsantritt angezeigt hatte, mit einem warm gehaltenen Handschreiben beantwortet. Damit hat die Schweiz als erster auswärtiger Staat die neue deutsche Regierung förmlich anerkannt.

Neues vom Tage.

Das preussische Ministerium.

Berlin, 25. März. Nach 8 Tagen langen Verhandlungen zwischen den Fraktionen des Reichstages, der Demokraten und der Sozialdemokraten in der preussischen Landesversammlung ist gestern die neue preussische Regierung von den drei genannten Parteien gebildet worden. Die Mitglieder des Reichstages, die in die Regierung eintraten, werden heute „Germania“ eine Erklärung abgeben, in welcher sie ihre grundsätzliche Bestimmung zu allen Kulturzellen, insbesondere zu den Schulfragen, festlegen.

Für die Sozialdemokratie behält die Ministerliste eine Reihe wichtiger Ministerien vor, insbesondere das Ministerium des Innern, der Finanzen und der Landwirtschaft. Im Kultusministerium werden die Demokraten und das Zentrum einen Unterstaatssekretär erhalten. Sonst sollen an das Zentrum das Justizministerium und das neugegründete Wohlfahrtsministerium, an die Demokraten Handel und Eisenbahnen.

Gegen die Verhinderung Preussens.

Berlin, 24. März. Die preussische Landesversammlung nahm bei Stimmenthaltung des Zentrums einstimmig eine Entschließung an, die sich gegen Verhinderung einzelner Gebiete von Preussen wehrt, sowie ferner mit den Stimmen des Zentrums einstimmig eine weitere Entschließung, die sich gegen jede Einverleibung rheinischer Landesteile, insbesondere des Saarlandes, sowie der Vestische Montjoie, Malmedy und Saint Vith durch die Feinde, sowie gegen die Errichtung eines rheinischen Völkchenstaats ausspricht.

Der Schrei in der Ruine.

Eine lustige Geistergeschichte von F. v. Maslow.

Diese wertvollen Überreste befinden sich in der noch unversehrten gewölbten Krypta der Kirche, deren verfallener Eingang der Krypte allein zu führen vermochte. Natürlich äherte ich sofort den Wunsch, die Ruine und den darin aufbewahrten Kostbarkeiten in Augenschein nehmen zu dürfen, und mein Freund zeigte sich auch erdbittig, mir dahin als Führer zu dienen, jedoch unter der Bedingung, daß wir, um nicht die Aufmerksamkeit der allzeit bewachenden Wächter auf den seltenen Fund zu locken, unser Vorhaben zur Nachtzeit ausführen. Ich war es zufrieden, und in einer mond- und sternhellten Nacht machten wir uns in Begleitung des etwa 10-jährigen Sohnes meines Kopten, der uns in der Ruine die Tadeln zeigen sollte, auf den Weg.

Schweigend schritten wir durch das weite Trümmersfeld von Thebens Ebene, über diesen steilen Kulturboden der Erde, welcher gleichzeitig der Ätielle Kirchhof der Welt ist. Die mondglänzenden Mauerreste einstiger Herrlichkeit, die ewig ruht und doch unerblickliches Leben bergende Wänter mit ihren feineren Wandern, füllten mir die Seele mit einem Erstaunen, wie ich ihn sonst an keinem andern Orte der Welt empfunden habe. Ich hätte meilenweit fortwandern mögen durch diese Regionen des Todes, durch diese fageatliche Trümmerswelt. Nach einer halbständigen Wanderung machte mein Führer vor einer niedrigen feuerroten Felsenwand Halt, welche, nach den Ruinen zu urteilen, eine alte heilige Kirche, eine Säulenbasilika ältesten Stils g. tragen hatte. Unter der wahrhaftigen Verfallensruine einiger Kalkstein waren die stolzen Mauerwerk verblieben und über dem halbverfallenen Portal, zum Hofe des gestürzten Christengottes, mißgestaltete Tierbilder und Teufelsköpfe angebracht worden, die in dem ungewissen Lichte der Nacht widerlich auf uns herabstarrten.

an einer Stelle der Felsenwand, von denen aus ein geröllter verborger, zeigte mein Kopte mir den von ihm erbedeten Ausgang; wir stündeten unsere Fackeln an fliegen langsam und vorsichtig in das Innere der Krypta hinein.

Durch eine geräumige Vorhalle gelangten wir in ein tiefes und weites Gewölbe, welches durch zwei Reihen mächtiger Pfeiler in eine Haupthalle und zwei Seitengänge geteilt wurde. Die Mauer und Säulen waren mit Vergoldungen bedeckt; mit dunklen Bildhauerarbeiten reichlich geschmückt; rings an den Wänden die feineren Sarkophage umher, welche die zu Staub zerfallenen Leiber der alten Könige bargen. Im Hintergrunde der feineren Halle aber befand sich ein feinerer Altar, die Stätte, wo die leuchtenden Wänter, während der Verehrung eines geschiedenen Bruders oder zur Zeit der Verfolgungen, ihren Gottesdienst gehalten hatten. Auf diesem Altar nun fand ich das Bild meiner Wänter, die Leiberreste der alten Klosterbibliothek, etwa zwanzig ansehnliche Rollanten in dunklen verwitterten Einbänden, in koptischer und lateinischer Sprache, teils auf Papyrus, teils auf Palmwedel geschrieben, die mit Rollen mit großem Fleiß und buntem Farben gemalt. Wir steckten die Fackeln in den Boden, setzten uns auf einen in der Nähe des Altars befindlichen Sarkophag und begannen eifrig die wunderbaren Bücher zu durchblättern, während der Knabe des Kopten dieselben ab- und zutrug.

Ein Weib mochten wir, ganz vertieft in den interessanten Stoff, so gefesselt haben, als der Knabe eilig zu uns heraustrat und uns mit den ägyptischen Worten: „Horch, Vater, was ist das?“ unterbrach. Von einem der Zeitgenossen her ließ sich ein leises unbestimmtes Geräusch vernehmen, das jedoch gleich wieder verstummte.

Bestimmt ergriff ich eine der am Boden stehenden Fackeln und leuchtete seitwärts und hinter uns in das Dunkel hinein. Es ließ sich jedoch nichts entdecken, die Fackel erlosch und der Knabe sagte: „Wahrheit-

lich das Steingebirg über uns, das unsere Fackel beim Einsteigen in Bewegung gebracht haben. Was soll's auch anderes sein, Herr, es weiß kein lebende Seele, außer mir, von diesem Ort, und die alten Schloßer ringsum werden uns wohl auch nicht beunruhigen. Daß ich doch schon manche Nacht allein unter ihnen zugebracht!“

Diese Argumente beruhigten mich vollkommen. Mebrigens wollte ich, daß die Eingeborenen, falls einige vor ihnen aus der Spur sein sollten, sich wohl hüten würden, mir zu nahe zu kommen, da sie jeden Fremden als Schlingel der Regierung zu respektieren gewohnt sind. Zudem mußten auch meine Diener in der Nähe sein.

Ich fühlte mich also durchaus sicher und wandte mich mit doppeltem Eifer wieder den schwebenden Rollen zu. Doch kaum hatte ich einige Blätter umgeschlagen, als ich von einem neuen eigentümlichen Geräusch und zwar diesmal deutlich wie das Scharen und Tappen zögernder Fußtritte vernommen ließ.

Verwundert sahen wir einander an und fragten dann gelassenester Erwartung nach jenem Zeitgenossen hin, überzeugt, daß aus dem unheimlichen Dunkel derselben irgend etwas Seltsames zum Vorschein kommen müsse. Unwillkürlich hatte meine Hand die Pistole erfaßt, welche ich stets bei mir zu tragen pflegte.

Da erhellte plötzlich das Gewölbe mit schauerlichem Echo hallend, ein so mächtiges Schreien, ein so schriller Klagegeheul in der Ruine, daß wir eilfertig von unserem Eise emporschnitten und uns von einigen Fackeln durchdriffeln fühlten. In denselben Augenblick stürzten auch, durch die uns umfallenden Wänter oder durch den angstvoll herbeistürzenden Knaben angestoßen, die in der Erde stehenden Fackeln um und verloschten in dem losen Sande des Bodens.

Vorläufige Reichsmarine.

Berlin, 25. März. Der Nationalversammlung ging der Entwurf eines Gesetzes über die Bildung einer vorläufigen Reichsmarine zu, die bis zur Schaffung der Reichsgesetzlichen Wehrmacht die deutschen Küsten sichert, von Minen räumt, die Ausübung der Seepolizei und sonstige Unterstützung der Handelschiffahrt und höheren Seeverkehr ermöglicht und die ungestörte Ausübung der Fischerei gewährleistet. Die vorläufige Reichsmarine soll auf demokratischer Grundlage unter Zusammenfassung bereits bestehender Freiwilligen-Verbände und durch Anwerbung von Freiwilligen gebildet werden.

Eine deutsche Finanzkommission nach Versailles.

Berlin, 25. März. Die britische Kommission in Spaa hat die deutsche Regierung in einer Note vom 24. März eingeladen, ein aus höchstens 6 Personen bestehendes Finanzkomitee nach Versailles zu entsenden. Den deutschen Vertretern wird ein ungehinderter und schneller Verkehr mit ihrer Regierung zugesichert. Das Komitee soll die Vermittlungsstelle der deutschen Regierung und der Finanzabteilung beim Obersten Wirtschaftsrat sein, in allen wichtigen Fragen, die mit der Lebensmittellieferung an Deutschland und der deutschen Ausfuhr in Zusammenhang stehen.

Siedelung in Berlin.

Berlin, 25. März. Der preussische Fiskus verkauft an 9 Stellen in Groß-Berlin in günstiger Verkehrslage 160 Hektar Siedelungsland zu so billigen Preisen, daß darauf Kinderbewohnstätten in Kleinhäusern mit Gärten angegliedert werden können. Diese Ländereien werden für die Bauarbeiten sofort freigegeben.

Die Lebensmittel.

Berlin, 25. März. Die ersten beiden amerikanischen Lebensmittelgeschiffe werden am 28. März im Hamburger Hafen eintreffen.

Die Blockade in der Nordsee soll dahin abgeändert werden, daß alle Einfuhrungen der Fischerei zwischen 53 Grad 20 Minuten und 56 Grad Nord 4 Grad 30 Minuten Ost aufgehoben sind.

Der amerikanische Dampfer „West-Madua“ wird am 27. oder 28. März mit 7000 Tonnen Weizenmehl in Hamburg eintreffen. Zur selben Zeit werden zwei Nachtgeschiffe für die Fischerei anlangen. Der Lebensmittelpreis wird für Deutschland und die Fischerei gleich hoch sein. Die Fischereifischerei wird auf der Elbe nach Prag weiterbefördert. Wenn sich hierbei keine Schwierigkeiten ergeben und das deutsche Gold zur Bezahlung rechtzeitig abgeliefert wird, so sollen von Amerika weitere Sendungen nach Bremen und Stettin erwogen werden.

Die drei Großmächte.

Berlin, 25. März. In einem Leitartikel des „Vorwärts“ sagt Friedrich Staumeyer zu der gegenwärtigen Lage u. a.: Drei Mächte treten sich heute in der weiten Welt und ringen nach Ausöhnung: Der kapitalistische Imperialismus, der nach Verwirklichung freibewerblicher Sozialismus und die bolschewistische Weltrevolution. Der deutsche Sozialismus ist in der Mitte eingezwängt und doch kann nur er, wenn seine Verwirklichung auch draußen die Köpfe erobert, die Welt vor der Katastrophe retten. Wenn die Völker des Westens nicht ihre Militärs und Eroberungs-Diplomaten zum Feind jagen, so werden sie selbst von den Folgen ihrer Verbrechen leiden. Wenn die Vernunft nicht siegt, so wird der Wahnsinn von ganz Europa Besitz ergreifen. Wenn der gerechte Frieden nicht kommt, so wird der Bürgerkrieg in allen Hauptstädten der Welt seine Fahnen entzünden. Das wollen wir jetzt jagen, immer wieder jagen, so lange es noch Zeit ist.

Die Forderungen der Unabhängigen.

Berlin, 25. März. Die sozialdemokratische Fraktion der preuss. Landesversammlung hatte die Fraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei eingeladen, an der Bildung des preussischen Ministeriums sich zu beteiligen. Darauf hat die Unabhängige Fraktion, wie die „Freiheit“ meldet, folgende Antwort gegeben: Im Voraus fordern wir die sofortige Aufhebung des Belagerungszustands und die sofortige Freilassung aller politischen Inhaftierten. Ferner verlangen wir 1. Einordnung des Räteystems in die Verfassung, entscheidende Mitwirkung der Räte bei der Gesetzgebung, Staats- und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben; 2. Vollständige Auflösung des alten Heeres und des durch Freiwilligenkorps gebildeten Soldnerheeres, Entlassung des Bürgerheeres, Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der italienbewussten Arbeiterklasse, Selbstverwaltung der Volkswehr und Wahl der Führer durch die Mannschaften, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit; 3. Sicherung aller durch die Revolution errungenen politischen Freiheiten; 4. Trennung von Staat und Kirche, weltliche Verwaltung der Schulen, sofortige Einführung der Einheitschule; 5. Abschaffung aller Maßnahmen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem schützen; 6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung, die Ueberführung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische unmittelbar in Angriff genommen werden. Alle Produktionsmittel in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr, der Grund und Boden und die Bodenschätze sind als Volkseigentum zu erklären und unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen. Und die Produktion planmäßig auf sozialistischen Grundrissen aufzubauen. Die Verteilung der Gebrauchsgüter ist nach sozialistischen Grundrissen zu regeln. Nachdrückliche Vertretung dieser Forderungen bei der Reichsregierung, schärfster Widerstand gegen alle Maßnahmen der Reichsregierung, welche die Verwirklichung dieser Forderungen verhindern. H. Hoffmann, Dr. Rosenfeld.

Hamburg, 24. März. Bei den gestrigen Wahlen zum Großen Arbeiterrat entfielen von fast 400 Stimmen 240 auf die Sozialdemokraten, 37 auf die Unabhängigen, 25 auf die Kommunisten und 98 auf die bürgerlichen und Sondergruppen.

Mühlhausen i. Gf., 25. März. Der Generalstreik ist beendet, nachdem die Arbeitgeber zu einer 100prozentigen Lohnerhöhung sich bereit erklärt hatten.

Bayern den Bayern.

München, 25. März. Eine Veröffentlichung der bayerischen Volkspartei (Zentrum) ruft das ganze bayerische Volk auf, sich gemeinsam zu erheben zum Schutze seiner mehr als 1000jährigen Freiheit und Selbständigkeit, seiner geschichtlichen Ehre und Würde. Wir wollen, ist es in dem Aufruf, den Zusammenfluß der deutschen Staaten auf föderativer Grundlage; der Forderung aber, daß die deutschen Einzelstaaten zu Provinzen des Reichs herabgedrückt werden, und eine einheitliche Reichsverfassung geschaffen werden soll, werden wir den äußersten Widerstand entgegenstellen. Wir beantragen die unverzügliche Einberufung des Landtags, damit er eingreifen kann in Bayerns Schicksalsstunde. Bayern den Bayern.

Die Chinadeutschen kommen.

London, 25. März. Die „Times“ melden aus Shanghai, daß ein Bord der nach Rotterdam abgegangenen Dampfer „More“, „Kobara“ und „Athen“ sich an dem 23. März 1933 Männer, 402 Frauen und 406 Kinder befinden. Die noch zurückgebliebenen Deutschen, etwa 1000 an der Zahl, werden am 1. April mit dem Dampfer „Antilodus“ zurückgeführt werden. Die deutschen Ärzte, die dazu bestimmt waren, als Schiffsärzte auf den oben genannten Schiffen mitzufahren, sind verschwunden. Man glaubt, daß sie sich im „Woo Sung Medical College“, das unter dem Schutze der chinesischen Behörden steht, befinden.

Kaiser Karl in der Schweiz.

Buchs, 25. März. (Schweiz Dep. Ag.) Gestern vormittag ist der ehemalige Kaiser Karl mit Familie und großem Gefolge in Buchs auf schweizerischem Boden eingetroffen. Die Reise erfolgt unter englischem Schutz. Ein schweizerischer Offizier und Legationssekretär Dr. Ehringer begleiteten ihn in den Zug und begrüßten den Kaiser offiziell. Dann fuhr der Sonderzug nach Gstaad (bei Saanen im Kanton Bern) weiter, wo das Kaiserpaar im Schloß Wared wohnen wird.

Wien, 24. März. Wie die „Reichspost“ meldet, werden die in Deutsch-Oesterreich lebenden Erzherzöge in einem besonderen Akt an die Staatskanzlei einen feierlichen Verzicht auf alle Thronansprüche und sonstige Vorrechte auszusprechen.

Der neue Umsturz.

Budapest, 25. März. Der frühere Ministerpräsident Bekerele ist auf Befehl der revolutionären Regierung verhaftet worden.

Nach der Wiener „Reichspost“ bezieht sich die Räterepublik bisher ausschließlich auf die Stadt Budapest. Von Binnem gehen Tag und Nacht Militärzüge nach dem besetzten ungarischen Gebiet ab. Von Salonik aus werden dem von zwei Seiten bedrohten Rumänien einige Divisionen der Verbündeten zu Hilfe geschickt.

Der Volksbeauftragte für Unterrichtsweisen hat die Eintrittsarten sämtlicher Budapestener Theater für Donnerstag und die folgenden Tage für langfristige erklärt. Die Mehrzahl der Karten wird durch die Gewerkschaften an die Arbeiter zu herabgesetzten Preisen verkauft. Der Volksbeauftragte für Ernährungsweisen hat angeordnet, daß vom 27. März bis zum 2. April freigeschlagene Rind- und Schweinefleisch in keiner Form verkauft oder verzehrt werden darf.

Das Wiener „Deutsche Volksblatt“ meldet aus Budapest, daß die Räteregierung den bisherigen Staatspräsidenten Karolyi vor Gericht stellen wolle, weil er die Sozialisierung des Großgrundbesitzes in einer Form eingeleitet hat, die es ihm ermöglicht, sein durch wahnwitzige Verschwendung verschuldetes Fideikommissgut zur Deckung seiner Schuld zu verteidigen. Er hat die Zuschläge zu den ungarischen Kommerzialbank übertragen die ihm 2000 Kronen für das Jahr zahlen sollte. (Das sind etwa 3500 Mk. für das Heft, ein für ungarische Verhältnisse unerhöhter Preis.) Die Räteregierung hat das gesamte Aktienkapital der ungarischen Kommerzialbank beschlagnahmt.

Wien, 25. März. Die Wiener Blätter bringen einen Aufstuf des Wiener Organs der national-sozialistischen Arbeiterpartei an alle Deutsch-Nationalen wider, in dem für den Fall eines Unterjochungsfriedens der Anschluss an die russische und ungarische kommunistische Partei empfohlen wird.

Berlin, 25. März. Aus Budapest wird dem „Berl. Volksanzeiger“ mitgeteilt: Die Forderungen der ungarischen Sowjeregierung über die Vorkäufe in Budapest sind größtenteils falsch. In Budapest herrscht Anarchie. Die Nachricht von einer freiwilligen Uebergabe der Waffen durch die angeblich bolschewistisch insizierten französischen Soldaten ist unrichtig. Ueber das Schicksal der Entente-Mission in Budapest ist zur Zeit nichts bekannt. Es verlautet, daß sie in Budapest zurückgehalten wird.

Die Umwandlung zur kommunistischen Herrschaft trieb sich in Budapest nicht so ruhig ab, wie es zuerst dargelegt wurde. Von Freitag auf Samstag wurde, wie das „Berl. Tageblatt“ meldet, geschossen, wobei es viele Tote und Verwundete gab. Die beiden Staatsbahnen wurden besetzt, Maschinengewehre und Kanonen aufgeführt. Den Offizieren rief man ihre Auszeichnungen ab. Es kam auch zu großen Plünderungen, wobei die Menge der Lebensmittel- und Juwelieregeschäfte heimlichste.

London, 25. März. (Reuter.) Zur Proklamierung des Bolschewismus in Ungarn sagte die „Ball Ball Gazette“: Der Regierungswechsel in Budapest ist eine abgeklärte Sache. Nachdem Karolyis Versuch, die Entente davon abzuhalten, die Rechte der Rumänen und Tschechen durchzusetzen, mißlungen ist, legt er die Macht in die Hände des Proletariats, womit er seine stärkste Karte auszuspielen glaubt. Das ist eine Wiederholung der Taktik, mit denen Ebert und Scheidemann die Friedensbedingungen aufzunehmen gedanken. Unsere Aufgabe ist es, unseren Verbündeten alle nötige Hilfe zu leisten und zu zeigen, daß unsere Entschlossenheit durch theatralisches Auftreten nicht beirrt werden kann.

Budapest, 25. März. Die Karolyipartei hielt heute eine letzte Sitzung ab, in welcher die Auflösung der Partei beschlossen wurde. Auch die radikale Partei hat ihre Auflösung beschlossen. Der Nationalrat hat seine Auflösung beschlossen.

Der Krieg im Osten.

London, 25. März. Reuter meldet, daß man keine Zeit verlieren dürfte, wenn man Kofow am Don, Nowo-Tcherkassk und das Donez-Kohlengebiet retten wolle, da die Bolschewisten nur noch ungefähr 40 Meilen von Nowo-Tcherkassk entfernt seien.

Die „Times“ melden aus Helsingfors, die Zentrale ausführende Gewalt in Turkestan habe alle britischen Unternehmungen in dieser Gegend beschlagnahmt und verstaatlicht.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 25. März. Die amerikanische „United Press“ berichtet, Clemenceau habe seinen Abschied verlangt, weil die verbündeten Mächte in die dauernde Befestigung des linken Rheintales durch die Franzosen nicht einwilligen.

Die Verbündeten werden sich in Kriegszustand mit Ungarn erklären, wenn die neue Regierung mit der russischen Räteregierung ein Bündnis eingehen sollte.

Paris, 24. März. Der Finanzminister erklärte, der Völkerbund müsse eine Finanzabteilung erhalten.

Paris, 24. März. (Havas.) Nach dem „Journal“ ist Deutschland allein im Stande, die westliche Zivilisation zu retten. Wenn man wolle, daß es sich in dieser Weise betätigt, müsse man den Preis nennen. Der Friede würde nicht derjenige sein, den die Entente wünsche. Die Deutschen würden die Bedingungen prüfen oder sich an die Spitze der bolschewistischen Bewegung stellen. „Petit Journal“ schreibt, die Drohung, die Bedingungen abzulehnen und Deutschland dem Spartakismus auszuliefern, käme einem Selbstmord gleich. Man dürfe also annehmen, daß die deutsche Regierung sich zweimal bestimmen werde.

Wilson im Kampfgebiet.

Paris, 24. März. (Havas.) Präsident Wilson reiste in Begleitung seiner Gemahlin und des Admirals Grandjean am Sonntag nach den verwüsteten Gegenden ab. Er besichtigte nacheinander Chateau-Thierry, Laon, Reims, Ronsart und Montdidier. Nach Havas sagte Wilson: Dieser Sonntag war für mich eine Lehre. Mein Schmerz beim Anblick aller dieser trostlosen Bilder ist unbeschreiblich. Ein kurzer Aufenthalt wurde ferner gemacht an dem Standort des deutschen Ferngeschüßes, das genau vor einem Jahre auf Paris zu feuern begonnen hatte. (Die genannten Städte sind bekanntlich ausschließlich von den Franzosen zusammengekauft worden. Wilson dürfte das nicht unbekannt sein.)

Der Völkerbundspräsident.

Paris, 25. März. Wie verlautet, besteht die Absicht, die Präsidentschaft des Völkerbunds dem früheren englischen Ministerpräsidenten Asquith anzubieten. Mit der Stellung wird ein Jahreseinkommen von 200 000 Mk. verbunden sein.

Der Prozeß Villain.

Paris, 25. März. (Havas.) Am Montag begann vor dem Schwurgericht der Prozeß gegen Villain, der den Abg. Jaures am 31. Juli 1914 ermordet hatte. Im Verhör erklärte Villain, mit Vorbedacht gehandelt zu haben. Er sei zu dem Mord getrieben worden, weil er die Rolle des Jaures für unheilvoll für das Volk ansah. Schon im Regiment habe es ihm Schmerzen bereitet, seine Kameraden vaterlandsfeindliche Lieder singen zu hören. Seine Erbitterung stieg aufs höchste angesichts der Unterdrückung der Elsaß-Lothringer und er habe zuerst beschloffen, den Kaiser zu töten. Erbittert habe ihn auch die Geisteskrankheit von Jaures gegen das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit. Am 31. Juli abends sei er lange um das Cafe umhergeirrt, in dem sich Jaures befand. Einer plötzlichen, heftigen Eingebung folgend, habe er dann den Vorhang gelüftet und einen Schuß abgegeben. Er habe unter einem unwillkürlichen Krampf gehandelt. — Nach Abschluß des Verhörs werden die Irrenärzte vernommen, die Villain als stark geistlich belastet ansehen, und daher auf eine verminderte Zurechnungsfähigkeit schließen. Villain habe in einem Augenblick patriotischer Ueberreizung gehandelt. Darauf wurden mehrere Redakteure der „Humanite“ vernommen, die den Hergang erzählten. Die Zivilpartei machte darauf aufmerksam, daß Villain Zeit gehabt habe, sich ein Verteidigungssystem zurecht zu machen.

Amsterdam, 25. März. In der belgischen Universitätsstadt Löwen ist das Verhältnis zwischen flämischen und stammesfeindlichen Studenten sehr gespannt. Gegen das Haus des flämischen Professors Schick wurde ein Bombenanschlag verübt.

Neue Adressliste.

London, 25. März. (Reuter.) Im Unterhaus fragte Balfour, ob etwas getan würde, um das Privatvermögen des deutschen Kaisers als Beitrag zum Ersatz der Kriegskosten vorzunehmen. Bonar Law erwiderte, es werde jede mögliche Zahlungsquelle Deutschlands berücksichtigt. Im übrigen werde er den Vorschlag Balfours dem britischen Vertreter im Auschuß für Schadensvergütung übermitteln.

Verhandlungen mit den engl. Eisenbahnern.

London, 25. März. (Reuter.) In der gestrigen Besprechung der Vertreter der Eisenbahngewerkschaften mit der Regierung wurde eine Einigung über die Auslegung der von der Regierung angebotenen Bedingungen erzielt. Ueber die restlichen Punkte in den Programmen der Angestellten soll weiter verhandelt werden. Die Regierung will alles anbieten, um eine rasche Regelung herbeizuführen.

Bolschewismus in England.

London, 25. März. „Daily Express“ meldet, daß die englischen Behörden eine bolschewistische Verschwörung entdeckt haben. Am Samstag wurden Nachrichten aus Russland aufgefingene, aus denen hervorgeht, daß Agenten von Lenin und Trotzki in neutralen Häfen angekommen seien und vergebliche Versuche machten, Hilfe für verschiedene Teile Englands zu erhalten. Diese Agenten verfügten über große Mengen Provananda-Literatur.

Der englische Geheimdienst verhinderte die Ankunft des kommunistischen Agenten.

Die „Times“ melden, die Zahl der Erwerbslosen in England betrage über eine Million.

Am Donnerstag wurde das militärisch bewachte Flugfeld bei Sauty in der Grafschaft Dublin überfüllt. Maskierte Männer überfielen die Wache, erbeuteten Gewehre und Munition und flüchteten dann in einigen Automobilen, nachdem sie die übrigen Automobile vernichtet hatten.

London, 25. März. „Daily Mail“ meldet, es bereite sich die Bildung einer englischen Mittelpartei vor.

Gefährliche Konkurrenz für England.

London, 25. März. Die „Times“ melden aus Tokio, daß eine japanisch-amerikanische Kampfschiffahrtsgesellschaft gegründet worden ist. Die Hälfte des benötigten Kapitals von 200 Millionen Dollar wurde in Amerika aufgebracht. Die Gesellschaft will mit 36 Schiffen drei Dienste von Neuport nach Vladivostok, von Yokohama nach Odesa und von London nach Colombo einrichten, um die zahlreichen auf japanischen Schiffen verfrachteten fertiggestellten Schiffe zu verwenden.

Die Lage in Ägypten.

London, 24. März. (Reuter.) Im Oberhaus erklärte Lord Curzon, in den Provinzen habe der ägyptische Vöbel planmäßig die Eisenbahnstrecken angegriffen und mehrere Eisenbahnstationen niedergebrannt. Die Eisenbahn- und Telegraphenverbindung in Oberägypten sei unterbrochen. In mehreren Orten plünderten die Aufständischen die europäischen Läden. In gewissen Bezirken nahm die Bewegung die Form eines Pächteraufstands gegen die englischen Landbesitzer an. Einen ersten Charakter erhielt die Lage dadurch, daß einige Bauernscharren sich an den Unruhen beteiligten.

Sozialismus in Brasilien.

Rio-de-Janeiro, 24. März. Anlässlich einer Wahl hielt Nays Barbados eine Rede über die soziale Frage. Er empfahl die Einführung der Arbeiterversicherung, die gesetzliche Regelung der Kinderarbeit, die Einschränkung der Arbeitszeit usw. und forderte schließlich eine Abänderung der Verfassung.

Die Bitte der Kameruner-Eingeborenen.

Berlin, 25. März. Aus zuverlässiger spanischer Quelle wird berichtet, daß in Madrid aus Fernando Po eine Bittschrift von 117 Kameruner Häuptlingen eingegangen ist, in der diese auch namens ihrer Landsleute den König von Spanien bitten, für die Rückgabe Kameruns an Deutschlands einzutreten.

Die neue Zeit.

Berlin, 25. März. Laut einer Meldung werden demnächst zum Oberpräsidenten in Schlesien das sozialdem. Mitglied der preussischen Landesversammlung Philipp Breslau und zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein der Führer der soz. Stadverordnetenfraktion Pöller-Kiel ernannt werden.

Erwerbslosenausgleich.

Berlin, 25. März. Aus Vertretern der Erwerbslosenausgleichsvereine Preussens, Bayerns, Sachsens, Württembergs und Badens wurde ein Reichs-Erwerbslosenausgleichsverband gebildet, der sofort die Arbeiten mit den für die Erwerbslosensicherung in Betracht kommenden Reichsämtern aufgenommen hat.

Vollsozialisierung in Bayern.

München, 25. März. Die bayerische Regierung hat im Vernehmen mit dem Zentralkomitee die sofortige Aufstellung eines Zentralwirtschaftsamts verfügt und für dessen Leitung Dr. Otto Neurath in Aussicht genommen, der zur Vorbereitung und Verwirklichung des Sozialismus des Kommunismus und Solidarisismus (Alles gehört allen!) mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet worden ist.

Lokales.

— **Eisenbahnverkehr.** Die Eisenbahnverwaltung hat angeordnet, daß mit Fahrkarten, die auf Stationen der württ. Staatseisenbahnen in der Zeit vom 28. bis 31. März 1919 gelöst werden, die Fahrt am ersten Tag der Geltungsdauer angetreten werden muß.

— **Notgeld in höheren Beträgen.** Es wird daran erinnert, daß das sämtliche Notgeld der Gemeinden und Amtsvorposten (von 5 Mk. aufwärts) vom 1. April d. J. ab sich außer Verkehr befinden wird und nur noch von den Ausgabestellen (Gemeinde- und Amtsvorpostenstellen) bis zum 15. Mai d. J. gegen Zahlungsmittel eingelöst wird. Es ist also vom 1. April bis 15. Mai ab nur noch das kleinere Scheidemünzen ersiehende Notgeld im Verkehr.

In Stuttgart bleiben die 5 und 20 Mark-Scheine über den 31. März hinaus im öffentlichen Verkehr; der Einzug soll erst am 15. April erfolgen.

— **Keine nachträgliche Vöhung an Kriegsgefangenen.** Der Kyffhäuser-Bund der deutschen Landesringvereine hat in einer Eingabe an das Reichswehrministerium angeregt, daß den in Gefangenschaft gewesenen Kriegsteilnehmern nach ihrer Rückkehr die während der Gefangenschaft nicht gezahlte Vöhung nachgezahlt werde. Diese Eingabe ist vom Reichsminister der Finanzen abschlägig beschieden worden mit der Begründung, daß die zurückkehrenden Kriegsgefangenen wirtschaftlich nicht schlechter gestellt seien, als ihre nicht gefangen gewesenen Kameraden. Die Bewilligung der Vöhung an die Kriegsgefangenen würde daher eine wirtschaftliche Besserstellung bedeuten und bei allen anderen Wehrangehörigen große Verbitterung hervorrufen.

Württemberg.

(*) **Stuttgart, 25. März.** (Generalstreik.) Gestern hat eine Abstimmung unter der Arbeiterchaft der beiden größten Betriebe, der Daimlerwerke und der Boschwerke, über den Generalstreik stattgefunden. Bei den Daim-

lerwerken hat sich die Arbeiterchaft in geheimer Abstimmung mit Stimmenmehrheit, aber gegen eine bedeutende Minderheit, für den Generalstreik ausgesprochen. Die Versammlung der Boscharbeiter stimmte nach längerer Aussprache und nachdem über die Hälfte der Versammlungsteilnehmer, in der Hauptsache Mitglieder der Mehrheitssozialistischen Partei, den Saal verlassen hatte, dem Programm der Unabhängigen und damit auch der Forderung des Generalstreiks zu. Der Streik soll am Mittwoch beginnen.

Laut „Schwäb. Tagwacht“ stimmten bei Daimler 4625 für den Generalstreik, 1931 dagegen; 138 Stimmen waren unglücklich. Bei Bosch in Feuerbach, in den Fortuna- und Normawerken in Cannstatt sprach sich die große Mehrheit der Arbeiterchaft für den Generalstreik aus. In der Wagenwerkstätte Conshatt stimmten von 1600 bis 1700 Beschäftigten 829 für, 446 gegen den Generalstreik, die übrigen enthielten sich. Bis jetzt ist die große Mehrheit der Arbeiter noch nicht für den Generalstreik gewonnen.

Der Landesauschuss der Arbeiter- und Soldatenräte hat sich mit 17 gegen 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen gegen den Generalstreik erklärt, weil dabei dem „Programm des gemäßigten Proletariats“ die Einführung des Räte-systems verlangt werde, die nur durch den Sturz der gegenwärtigen Regierung verwirklicht werden könnte. Der Landesauschuss steht aber nach wie vor hinter der gegenwärtigen Regierung.

(*) **Waiblingen, 25. März.** Zur Stadtschultheißenwahl. Als Bewerber um die hiesige erledigte Stadtvorstandsstelle sind bisher außer dem Stadtschultheißenamtsverweser Vogel und Schultheiß Wendel-Schnait.

(*) **Waiblingen a. G., 25. März.** (Ausführungen.) In einer heiligen Wirtschaft suchte ein Mann der Sicherheitskompagnie mit einem Dillständerhändler. (Zwischen beiden Waffengattungen besteht eine gewisse Eifersucht.) Der Sicherheitsmann holte schließlich Kameraden herbei, um den Landjäger aus der Wirtschaft zu entfernen. Schuhmachermeister Meiserichmied wollte beschwichtigen, er wurde aber von einem Sicherheitsmann mit einem Knüttel zu Boden geschlagen. Außerdem wurden 8 Schäfte abgegeben, von denen einer dem Meiserichmied schwer verletzete. Verhandlungen mit der Sicherheitskompagnie haben ergeben, daß diese wahrscheinlich von Waiblingen wegverlegt wird.

(*) **Hall, 25. März.** (Gründung einer Baugenossenschaft.) Hier wurde eine gemeinnützige Baugenossenschaft gegründet, die bis jetzt 50 Mitglieder zählt.

(*) **Ulm, 25. März.** (Kandidaten.) Unter den Bewerbern um die erledigte Stadtvorstandsstelle in Ulm werden der frühere Finanzminister Dr. Pistorius und der derzeitige Minister des Innern Dr. Lindemann genannt. Die demokratische Partei begünstigt die Bewerbung des Gemeinderats und Rechtsanwalts Fritz Mählhäuser hier.

(*) **Kochersheim, 25. März.** (Die Zentrifugen.) Hier wurde im Rathaus eingebrochen. Die Zentrifugentrümmer, die schon vor längerer Zeit den Bauern abgenommen und im Rathaus aufbewahrt worden waren, wurden von den Einbrechern herausgeholt und vor dem Rathaus und im Ort zerstreut. Die Eigentümer holten sich die Zentrifugen wieder, die sie seiner Zeit zwecks reichlicherer Lieferung der Milch an die Molkerie hergeben mußten, und sie weigern sich jetzt, die Zentrifugen wieder herauszugeben.

Baden.

(*) **Karlsruhe, 25. März.** Der Verfassungsausschuss befahte sich in seiner gestrigen Sitzung noch mehrmals mit dem Gesetzentwurf betr. die Auseinandersetzung mit dem Großherzog. Danke. Es wurde mitgeteilt, daß sich Prinz Max mit der Verabreichung der für ihn bestimmten Entschädigungssumme von 3 Millionen Mk. auf 2 Millionen Mk. einverstanden erklärt habe. Der Verfassungsausschuss änderte den Gesetzentwurf dahin ab, daß der Großherzog statt 6 Millionen Mk. 8 Millionen Mk. Kapital erhält und sich Prinz Max über die ihm zufallende Abfindungssumme mit dem Chef des Großherzogs Hausvermögens auseinandersetzen soll.

(*) **Mannheim, 25. März.** Am Montag hat sich hier ein Familiendrama abgespielt. Nach vorausgegangenem Streit suchte der Arbeiter Graf seine Ehefrau zu erschlagen. Die Frau stürzte sich aus dem Fenster an die Straße und wurde von zufällig vorbeigehenden Leuten aufgefangen. Man weiß noch nicht, ob sich die Frau aus Verweigerung selbst aus dem Fenster stürzte, oder ob sie von ihrem Manne hinausgeworfen wurde. Nach der Tat verjüchte sich Graf den Hals abzuschnneiden. Die Eheleute wurden in schwer verletztem Zustande ins Krankenhaus gebracht.

(*) **Pforzheim, 25. März.** Die Zahl der Typhusfälle hat sich abermals erhöht und ist jetzt auf 1750 gestiegen. Aus allen Kreisen der Bevölkerung kommt der Ruf nach Lebensmitteln, in der Hoffnung, daß durch bessere Ernährung die Bekämpfung der Seuche ermöglicht werde.

(*) **Pforzheim, 25. März.** In Stuttgart wurde der 25jährige Goldarbeiter H. Schuster und der 26jährige Bäcker Treibinger verhaftet, die in einem Pforzheimer Goldwarengeschäft 11000 Mk. in bar und Brillanten im Wert von 50000 Mk. unterschlagen hatten. Das Geld wie die Edelsteine wurden wieder beigbracht.

(*) **Baden-Baden, 25. März.** Aus den Wohnräumen des hiesigen Schlosses wurden kostbare Altertümer, darunter eine Bibel, eine antike Uhr und mehrere Bilder von hohem Werte gestohlen. Die auffallende Diebstahl der Diebe dürfte vielleicht auf ihre Spur führen.

(*) **Konstanz, 25. März.** In den Voranschlag ist die Summe von etwas über 500000 Mk. eingestellt zur Freischaltung des Baugeländes im Sirenenmoos. Dort soll eine Gartenstadt entstehen, deren Wohnungen hauptsächlich den Kriegsteilnehmern aus dem Stande der verkümmerten Arbeiter und gering besoldeten Beamten zur Verfügung stehen sollen.



Die deutsche Ostmark in Gefahr.

Man erinnert sich, daß der Hauptvorstand der Deutschen demokratischen Partei schon unterm 7. Januar einen scharfen Protest an die Regierung Ebert-Scheidemann gerichtet hat, daß durch deren Latenzpolitik gegenüber den Polen das Werk einer Jahrhundert alten deutschen Kulturarbeit vernichtet werde, nachdem der geschäftsführende Ausschuss der Partei bereits am 4. Jan. sich gegen die „schwachliche und beschämende Haltung“ der Regierung in der Frage des Schutzes der Ostmarken mit aller Entschiedenheit gewandt hatte. Leider scheinen diese Maßnahmen nichts gefruchtet zu haben. Denn wir erhielten einen vom 10. März datierten Bericht aus der Ostmark von einem genauen Kenner der dortigen Verhältnisse, in dem die großen Gefahren anschaulich geschildert werden, die unserer Ostmark von den Polen und den Tschechen nach wie vor drohen. Danach wird zunächst mit einem Einfall der Tschechen in die exzerische Grafschaft May gerechnet, weil in dem Raume südlich dieser Grafschaft starke, den untrüben weit überlegene tschechische Streitkräfte verjammelt sind. Zugleich richten Tschechen und Polen ihr Augenmerk auf das Oberschlesische Industriegebiet, und es muß mit einem tschechischen und polnischen Einfall gerechnet werden, der bis etwa in Höhe von Gleiwitz führt. Diese Einfälle werden durch allerlei spartakistische Umtriebe, denen die Regierung mehr oder weniger rassellos gegenüber steht, erheblich erleichtert. Das Volk wird systematisch aufgehetzt. In der eine Streik durch Verhandlungen glücklich beendet, bricht sofort ein neuer aus, ohne daß irgendwie berechnete Gründe dafür erkennbar wären. Die unsummierten Forderungen werden gestellt, die Entfremdung des Grenzschutzes, der Offiziere und Studenten, und die polnische Bevölkerung hebt dabei munter mit, und verspricht dem Volke das Blaue vom Himmel, wenn das Land erst einmal an Polen gefallen wäre. So tritt niemals Ruhe ein, und die schönsten Reden der Regierungsvorgänger in der Nationalversammlung verhallen wirkungslos. Auch ist der Grenzschutz unzureichend, weil sich nicht genug „Freiwillige“ melden. Und so kommen wir nicht weiter, und man kann es — so sagt der Briefschreiber wörtlich — „den Polen und Tschechen von ihrem Standpunkt aus gar nicht verargen, wenn sie jetzt zugreifen, denn eine so günstige Gelegenheit wird ihnen wohl niemals wieder geboten werden. Ob die Entente hinter ihnen steht, ist nicht klar; aber daß diese nur auf eine Schwächung Deutschlands abzielt, wird niemand bestritten wollen. Polen hätten wir, wenn wir sofort energisch zugegriffen hätten, wieder gewinnen können. Aber man hat die kostbare Zeit mit allerlei Verhandlungen über Zuständigkeit und Nichtzuständigkeit der Soldatenräte usw. vertrödelte. Es ist geradezu beschämend für uns, daß das polnische Militär aus unseren eigenen Soldaten besteht, die, von der Weislichkeit und dem Adel umgeben, zu unseren Feinden übergelaufen sind und jetzt gegen uns im Felde stehen.“ Solange das eigene Vaterland die nötigen Mittel verfrage — so sagt der Bericht — werde uns kein Erfolg beschieden und die Ostmark verloren sein: „Wir brauchen hier mehrere gute, starke Divisionen und viele Freiwillige, gegen Spartakus aber eine sehr kräftige Hand.“ (Ob sie sich finden wird?) (D.P.C.)

D.P.C. Idealismus und Wirklichkeit. Der „Vorwärts“ untersucht am 21. März die Ursachen des gegenwärtigen Bürgerkrieges. Er kommt dabei zu dem Ergebnis:

„In Hunderten Flugschriften und Broschüren, in Tausenden und aber Tausenden Reden und Zeitungsartikeln haben wir versucht, der Masse das Idealistische unserer Bewegung näher zu bringen. Die Probe auf das Exempel zeigt uns, wie wenig tief wir gedrungen sind. In den Berliner Straßen und anderswo haben Arbeiter gegen Arbeiter, Soldaten gegen Soldaten gewütet und „Menschenopfer unerschört“ sind gefallen. Läst man außer Anjaß, was sich in den Reihen der Regierungstruppen sowohl wie in denen der kämpfenden Spartakisten — Unabhängigen an Verbrechern und — oder — Nordys befindet, so sind es Revolutionäre, die sich gegenseitig gemordet haben. Der ganze Revolutionswurm hat seit dem 9. November kaum einem einzigen

Gegenrevolutionär das Leben gekostet. Hier und ein halbes Jahr haben sie draußen Schulter an Schulter gestanden, um Deutschland vor dem zermalmenden Tode der feindlichen Armeen zu schützen, jetzt haben sie sich gegenseitig abgeschossen wie giftige Ungeheuer. Wann und wo haben wir gelebt? Arbeiter schießt euch tot. Zum Nutzen der Unternehmer und Rückwärtsler. Haben wir nicht ständig, fast täglich die Einigung des Proletariats gepredigt?

Auf die Frage, welches ist die treibende Kraft, die alles dies die Arbeiter vergessen läßt, antwortet der „Vorwärts“: „Laßt alles Philosophieren sein: es ist der Hunger. Was hätte es wohl auch, andere Ursachen des blutigen Bürgerkrieges zu suchen.“

D. P. G. Die Räte als Allheilmittel. Der „Regulator“, die Wochenschrift des Gewerksvereins Deutsch-Metallarbeiter schreibt: Redet man im Hauptauschuß von der Sozialisierung der Bergwerke, sings erklärt Dr. Cohn, daß die Räte allein die Sache machen können. Spricht man von der Erfassung der Lebensmittel auf dem Lande; Emanuel Wurm hat den unfehlbaren Magneten: die Räte. Sie ziehen Korn, Butter und Kartoffeln überall hervor. Wer weckt die Arbeitslust bei den Arbeitern? Die Räte. Einen guten Frieden verschaffen uns allein die Räte. Eine gute Ernte besorgen die Räte. Im gutes Parlament sind allein die Räte. Wahre Freiheit ist nur bei den Räten. Wo dies Allheilmittel aber wirklich angewendet wird, verjagen die Räte.

Einspruch der Brauer. Der württ. Braubund hat an den zurzeit in Weimar weilenden Finanzminister Reichling ein Protesttelegramm gegen die Einbeziehung Württembergs in die Reichsbiersteuergemeinschaft abgesandt. Der Verband rügt, daß er in dieser Frage nicht gehört worden sei. Das württ. Braugewerbe lehne sich ebenso entschieden wie das badische und bayrische gegen die Entrechtung auf.

Nach dem Brausteuervertrag, daß am 1. April in Kraft treten soll, soll Württemberg jährlich aus den Einnahmen der Biersteuer und Ubergangsabgabe 3,45 Prozent, höchstens aber 15 Millionen M. erhalten, während die bisherige eigene Steuer dem Reich zufällt. Das Reich wird die besonderen Verhältnisse Württembergs berücksichtigen, daß nämlich Bier nur aus Malz, Hopfen, Hefe und Wasser hergestellt werden darf und daß Württemberg bisher aus seiner sonderrechtlichen Bierbeziehung erheblich höhere Beträge gezogen hat, als es an Ausgleichszahlungen an das Reich zu entrichten hatte. Diese Mehreinnahmen ergaben sich daraus, daß der Bierverbrauch in Württemberg mit 163,4 Liter auf den Kopf (1913) den der früheren Brausteuergebiete mit 80,3 Liter bedeutend übersteigt.

Bedarf an Säden. Die Reichsstadelle Berlin verfügt aus Aufkäufen in Rußland noch über eine große Anzahl gebrannter und neuer Säde, sodaß die Beschaffung des Bedarfs an Säden für die Bedarfsstellen und Verbraucher zurzeit auf sich selbst nicht stoßen kann, zumal die Säde anfertigungsindustrie mit Neuanfertigungen beschäftigt und von dem Demobilisationsamt und der Kriegs-Rohstoff-Abteilung auf Anfordern und nach Bedarf mit den erforderlichen Rohstoffen versorgt wird. Für Bedarfsstellen und Verbraucher empfiehlt es sich daher, sich wegen des Ankaufs von Säden unmittelbar an die Reichsstadelle zu wenden, falls sie nicht vorziehen, mit Sachbestellungen unmittelbar mit der Industrie in Verbindung zu treten.

Erdbeben. Die katholische Mission für Mädchen in Altmühl (Schleien) veranstaltete am Montag nachmittags im Stadtpark eine Kindervorstellung, die stark besucht war. Aus dieser unangenehmsten Ursache entstand beim ersten Akt auf der Bühne ein Feuer. Der Feuerlöscher löste unbeschreiblichen Schrecken aus. Alles führte den Ausgängen zu. Dadurch staut sich die Menge der Kinder, auch führte die Treppe unter dem Druck zu. Eine große Zahl von Kindern wurde zerquetscht und verletzt. Feuerwehr und Sanitätsmannschaften, Ärzte und Pfleger waren zur Stelle und bemühten sich um die Verunglückten. Wie der „Oberhessische Wanderer“ zu dem 4. und 5. und 6. im Stadtpark meldet, beläuft sich die Zahl der getöteten Kinder auf 72, die der Verletzten auf 20.

Flugübung. Der französische Flieger Rogat überflog die 80 Kilometer lange Strecke Marseille-Paris in 3 Stunden 45 Minuten.

Berlin 25. März. Die Baumwollspinnerei Sclagen erzielte im Geschäftsjahr 1918 einen Uberschuß von 1.009.217 M., davon 388.510 M. für Abschreibungen abgesetzt werden. Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung die Verteilung von 15 Prozent (10 Prozent) auf das erhöhte Aktienkapital vorzuschlagen.

Mutmaßliches Wetter.

Die Störungen sind immer noch nicht abgeschlossen, weshalb am Donnerstag und Freitag zwar mehrfach aufeinanderfolgendes, aber andauernd veränderliches Wetter zu erwarten ist.

Versammlung der deutsch-demokratischen Partei. Am letzten Sonntag fand in der Turnhalle eine Volksversammlung der d. d. Partei statt. Leider war dieselbe nicht so gut besucht, wie es der gewandte Redner, Abgeordneter und Parteisekretär Gopf von Stuttgart verdient hätte. Herr Dr. Layer eröffnete die Versammlung und führte aus, daß eine Hauptursache an dem furchtbaren Zusammenbruch unseres deutschen Reiches der Kassenstreik gewesen sei. Die Regierung, d. h. die führenden Männer hatten allmählich alle Fühlung mit dem Volk verloren. Herr Gopf sprach zuerst über „Die Arbeiten der Landesversammlung am Neuaufbau des Volksstaates Württemberg“, dann sprach er klar und verständlich über die Wahlen zum Gemeinderat. Für Wilddbad kämen etwa 16 Gemeinderäte in Betracht, da der Bürgerausschuß wegfalle. Der Gemeinderat ist durch Proporzwahl auf 6 Jahre zu wählen. Die Hälfte der Gewählten muß im Jahr 1922 ausgeschieden und sich einer Neuwahl unterziehen. Jeder Wahlvorschlag muß von mindestens zwanzig Wählern unterschrieben sein. Wählen dürfen alle dauernd in der Stadt wohnenden Württemberger, auch wenn sie nicht Bürger von Wilddbad sind. Wählen dürfen Männer und Frauen nach vollendetem 20. Lebensjahr.

Zum Schluß verwehrt sich der Redner noch gegen den Vorwurf, die deutsch-demokratische Partei sei gegen die Religion in der Schule. Er sprach über die Trennung von Staat und Kirche, weil sie davon eine Neubelebung des religiösen Lebens unseres Volkes hoffen. Der Kirche soll eine angemessene Rente ausgezahlt werden, damit sie ihre Aufgabe erfüllen kann. Den Religionsunterricht will die deutsch-demokratische Partei in der Schule behalten; nur soll kein Lehrer gezwungen werden, denselben zu erteilen und keine Schüler, an demselben teilzunehmen (Gewissensfreiheit). (Bei dem Familienabend der hiesigen Bürgerpartei hat ein Redner dies rühmend von der demofr. Partei hervorgehoben. D. Red.) Zum Schluß forderte der Redner die Anwesenden auf, auch jetzt noch mitzutun an der politischen Arbeit und nicht schon politisch müde werden; denn das deutsche Volk muß wieder empor an die Sonne. D. zu mithelfen will und muß auch die deutsch-demokratische Partei.

Druck und Verlag der V. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wilddbad. Verantwortlich: G. Reinhardt besetzt.

Rohfhandarbeiten der Stadt Wilddbad.

Bauarbeiten im Dachhof der Zigarrenfabrik. Nach Einzelpreisverfahren gelangen zur Vergebung: Zimmer-, Maler-, Gipser-, Flischer- und Installations-, Schreiner-, Glaser-, Schlosser-, Gasfener-, Maler-, Tapezierarbeiten.

Die Unterlagen werden vom Stadtbauamt unentgeltlich abgegeben. Die Zeichnungen können eingesehen werden. Die Angebote sind in verschlossenem Umschlag mit der Aufschrift: „N. R. Arbeit für die Zigarrenfabrik“ bis spätestens 2. April vorm. 11 Uhr hierher einzuweisen. Die Eröffnung findet zu dieser Stunde im Sitzungssaal des Rathauses vor den anwesenden Bewerbern statt.

Die Auswahl unter den Bewerbern nebst Zuschlagserteilung bleibt dem Gemeinderat vorbehalten.

Stadtbauamt Wilddbad: Munk.

Bekanntmachung.

Vom Kommunalverband Neuenbürg ist für die Pferde der Gemeinde Wilddbad und Parzellen wieder ein kleineres Quantum Hafer angewiesen. Die Pferdebesitzer werden deshalb ersucht, längstens bis Freitag Mittag für jedes Pferd einen leeren Sack im Stadt. Mehllokal abzugeben. Wenn die Säcke nicht abgegeben werden, wird für die Lieferung des Hafers nicht garantiert.

Pommes und Maulesel kommen nicht in Betracht.

Städt. Futtermittelabgabestelle

Miete.

Für zuverlässigen, auswärtigen Auftragsgeber wird Villa (16-20 Zimmer, Garten) etwa hälftig gut einmöbliert, auf eine Reihe von Jahren zu pachten gesucht. Anträge mit Preis nimmt entgegen H. Pöhner, Park-Villa.

Einlösung der Notgeldscheine Badischer Städte.

Die von badischen Städten ausgegebenen Notgeldscheine zu 5 M. und höher können nur noch bis Ende März 1919 als Notzahlungsmittel verwendet werden. Nach dem 31. März 1919 hören die umlaufenden Notgeldscheine auf, Zahlungsmittel zu sein. Sie behalten aber die Eigenschaft einfacher Schuldscheine und werden als solche bei den Hauptkassen der Städte, die die Scheine ausgegeben haben, bis Ende Mai 1919 eingelöst.

Die bis zum 1. Juni 1919 nicht zur Einlösung vorgelegten Notgeldscheine sind auch als einfache Schuldscheine ungültig. Der Besitzer hat also von diesem Zeitpunkt an keinen Anspruch mehr auf Vergütung des Betrags, auf den die Notgeldscheine lauten.

Neuenbürg, den 12. März 1919.

Der Stadtrat: Habermehl, Giltard.

Druck-Arbeiten jeder Art

liefert rasch und billig
B. Hofmann'sche Buchdruckerei

Aufforderung

Zur Anmeldung der Schulden, Renten und Lasten.

Nach Art 9 1 Ziff. 4 des Einkommensteuergesetzes vom 8. August 1903 sind bei Ermittlung des steuerbaren Einkommens von den Einnahmen in Abzug zu bringen die von dem Steuerpflichtigen nach dem Stand vom 1. April ds. Js. nachgewiesenermaßen zu entrichtenden Schulden und Renten, sowie die auf besonderem privatrechtlichem oder öffentlich-rechtlichem Verpflichtungsgrunde beruhenden dauernden Lasten, soweit die Schulden etc. nicht auf außerhalb Württembergs befindlichen Einkommensquellen haften (Art. 8 Ziff. 1 2 des Gesetzes). Bei Steuerpflichtigen, die nur der beschränkten Steuerpflicht in Art. 3 des Gesetzes unterliegen, sind nur die Zinsen solcher Schulden oder solche Renten oder Lasten abzugsfähig, welche auf den inländischen Einkommensquellen haften.

Auf Grund der Bestimmung in Art. 42 Abs. 2 des Einkommenssteuergesetzes werden nun die Einkommensteuerpflichtigen, welche keine Steuererklärung abgegeben, aufgefordert in der Zeit

vom 1. bis spätestens 8. April ds. Js.

die abzugsfähigen Schulden, Renten und Lasten, deren Bezug sie beanspruchen, anmelden. Hierin wird ausdrücklich bemerkt, daß die Anmeldung auch dann zu erfolgen hat, wenn die betr. Schulden etc. bereits im vorigen Jahr angemeldet worden sind.

Die Anmeldung hat auf einem Bescheid zu erfolgen, den den Steuerpflichtigen auf Verlangen von der unterzeichneten Gemeindebehörde (Rathaus Zimmer Nr. 6) unentgeltlich abgegeben wird.

Wilddbad, den 24. März 1919.

Gemeindebehörde für die Einkommensteuer.

Schmid.

Abgabe der Kapitalsteuererklärungen für das Steuerjahr 1919.

Gemäß Art. 11 Abs. 2 des Gesetzes vom 8. August 1903, betreffend die Kapitalsteuer (Reg. Bl. S. 313), werden alle Steuerpflichtigen, die einen steuerbaren Ertrag aus Kapitalen und Renten beziehen, aufgefordert, spätestens bis 8. April d. Js., jedoch nicht vor dem 1. April, eine Steuererklärung schriftlich nach dem vorgeschriebenen Vordruck oder zu Protokoll abzugeben.

Die Abgabe der Steuererklärung hat am Sitz des Kameralamts bei diesem, im übrigen nach freier Wahl entweder bei dem Aufnahmebeamten für die Kapitalsteuer oder bei dem Kameralamt zu erfolgen.

Die wissentlich unrichtige oder unvollständige Angabe des steuerbaren Kapitalertrags in der Steuererklärung, die geeignet ist, zur Verfüzung der Steuer zu führen, ebenso die wissentliche gänzliche Unterlassung einer Steuererklärung oder die Erstattung einer unwahren Fiktion ist nach Art. 23 des Gesetzes strafbar.

Steuerpflichtige, die ungenügend nachmaliger, gegen Empfangsscheinigung zuzustellender Wohnung eine Steuererklärung oder Fiktion nicht rechtzeitig abgeben, werden nach Art. 28 Abs. 1 des Gesetzes bestraft.

Neuenbürg, den 19. März 1919.

Kameralamt: Wangold.

Die Steuererklärungen sind abzugeben bei dem Aufnahmebeamten für die Kapitalsteuer im Rathaus, Zimmer Nr. 8.

Wilddbad, den 24. März 1919.

Aufnahmebeamter für die Kapitalsteuer:

Steuer- und Ratschreiber Schmid.

Hypotheken-Darlehen

an pünktliche Zinszahler abzugeben.

Stahl & Federer Aktiengesellschaft
Filiale Wilddbad.

Empfehle in Gartengeräten:
Spaten, Hauen, Karste Gartenhauen, Reulhauen, Schaufeln, Dung- und Heugabeln, Baumlägen, Rebschere Wald- und Handsägen
sowie Kinder-Gartengeräte.
Wilhelm Bohnerger.

Konfirmations-Gesangbücher

in großer Auswahl
empfiehlt
Wilhelm Rath
Buchbindermeister

In Anfertigung von Buchbinderarbeiten und Einrahmen von Bildern hält sich der Obige bestens empfohlen.

Forstamt Wilddbad. Schlagraum-Verkauf.

Am Samstag, den 29. März 1919 Abds. 6 Uhr im Gasthof zum grünen Hof kommt der Schlagraum aus Abt. 90 Nord. Pöllert, 91 mittl. Pöllert in auf. 8 Losen, ferner Abt. 94 Vorderes Spedenteich, 96 hint. Spedenteich u. 97 Gugelhubstein in je 1 Los öffentlich zum Verkauf.

Ein gute haltener Klappsport-Wagen

(sucht zu kaufen.)

Wer sagt die Exped. [267]

Fahrbahnen

einfach und verschleißbar empfiehl

H. Treiber.

Turn-Verein Wilddbad.

Die Singstunde für gemischten Chor findet am Freitag im Schwarzwaldhote, statt
Der Vorstand.

Ein neuer Bettrost

(Friedensware) und eine zweifelhafte Kinderbettlade

samt Rost hat billig abzugeben. Näheres in der Exped. [265]

Waschmittel „Burnus“

wäscht Wäsche wunderbar. Zu haben in Paketen 25 Pfg. bei

Carl Wily. Gott.